

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN 2022

BEGEGNUNG – TEILHABE – INTEGRATION

#OFFENGEHT

Es ist eine brutale Wirklichkeit, die uns in diesen Tagen und Wochen einholt: Krieg in Europa. Krieg nicht irgendwo, sondern vor unserer Tür. Was lange undenkbar schien, ist Wirklichkeit geworden. Russland unter dem Putin-Regime hat mit blanker Gewalt und gegen jedes Recht die Ukraine überfallen. Die Menschen in der Ukraine werden bombardiert und beschossen. Sie verteidigen sich, suchen zu Hunderttausenden Schutz in Kellern, oder sie flüchten aus dem Land, um ihr Leben und das ihrer Kinder zu retten. Familien werden auseinandergerissen. Der Ausgang des Krieges ist ungewiss. Gewiss ist nur: Mariupol wird in Zukunft zu nennen sein neben Guernica und Leningrad, Grozny und Aleppo.

Gewiss ist auch, dass die europäische Friedensordnung, wie wir sie kannten, zerstört ist, ebenso wie die Vorstellung, dass sich die Verachtung für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einfach hinnehmen ließe bei der Gestaltung internationaler Beziehungen.

Erschüttert und sprachlos schauen wir auf das Leid in der Ukraine und unsere verlorenen Gewissheiten. Mit unseren Gedanken und Gebeten sind wir bei den Menschen, die nun um Leib und Leben fürchten und die erleben, wie Krieg in ihre Städte und Dörfer einzieht. Wir erleben aber auch eine enorme Hilfsbereitschaft

– in vielen europäischen Ländern und auch hier in Deutschland. Wenn Millionen Menschen aus der Ukraine fliehen, sind wir alle gefordert, unser Möglichstes zu tun: durch Geld- und Sachspenden, durch unsere persönliche Hilfe oder auch durch das Bereitstellen von Unterkünften. Als Christinnen und Christen lesen wir in vielen biblischen Geschichten von Flucht und Migration. Wir finden Wegweisung in den Geboten Gottes und den Erfahrungen derer, die vor uns auf diesen befreienden Gott vertraut haben. Dieser Gott des Lebens mahnt uns: »Einen Fremden sollst Du nicht ausbeuten. Ihr wisst ja selbst, wie dem Fremden zumute ist. Denn ihr seid in Ägypten Fremde gewesen.« (Ex 23,9) Und wir glauben an Jesus Christus, der als neugeborenes Kind mit seinen Eltern nach Ägypten fliehen muss, dort Aufnahme erfährt und die Not von Millionen Kindern von heute teilt. Aktueller geht es kaum.

So unterschiedlich die Geschichten, Schicksale und Wege von Geflüchteten aus aller Welt sind, so teilen sie doch dieselbe unverbrüchliche Würde, die Gott einem jeden Menschen geschenkt hat. Dieser Würde sind wir verpflichtet, und wir müssen alles dafür tun, dass sie gewahrt und geachtet wird. Dazu gehört es, geflüchtete Menschen aufzunehmen und in unserer Gesellschaft keine Spaltung zwischen verschiedenen Gruppen von Geflüchteten entstehen zu lassen. Das Recht auf Zuflucht an einem sicheren Ort ist nicht teilbar.

Angesichts des grausamen Leids in der Ukraine dürfen wir auch die Menschen nicht vergessen, die in Afghanistan und den angrenzenden Ländern seit Monaten darauf hoffen, Rettung zu finden, oder die hier sind und auf Familiennachzug für ihre Liebsten hoffen. Es ist ein Skandal, dass es nicht gelungen ist, die afghanischen Ortskräfte und weitere besonders

Schutzbedürftige nach Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021 zu evakuieren, und dass die gemachten Zusagen kaum eingelöst werden. Der Familiennachzug muss beschleunigt und entbürokratisiert werden, damit Menschen eine schnelle Integrationsperspektive finden können.

»Das Recht auf Zuflucht an einem sicheren Ort ist nicht teilbar.«

Dass Menschen – Kinder, Jugendliche und ihre Eltern – in Deutschland immer noch in sogenannten AnKER-Zentren bei zum Teil sehr schlechten Zuständen untergebracht sind und isoliert werden, können wir nicht hinnehmen. Die Politik muss hier zu ihrem Wort stehen und die dezentrale Unterbringung von Anfang an zum Leitprinzip für geflüchtete Menschen machen. Das Leiden, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, die unzureichend beschult werden, ist zu groß, um nicht schnell zu handeln. Wenn es uns um die Aufnahme und Integration von Menschen geht, müssen wir Verantwortung dafür übernehmen, dass Menschen nicht in die Hoffnungslosigkeit fallen.

Teilhabechancen und rechtliche Gleichstellung ermöglichen Menschen das Hineinwachsen in die Gesellschaft. Unsere Gesellschaft, die zu einem Viertel aus Eingewanderten und ihren Nachkommen besteht, hat vielfältige Erfahrungen gesammelt, wie Zusammenleben und Zusammenwachsen über kulturelle Grenzen hinweg möglich sind – friedlich und in konstruktiver Auseinandersetzung mit den Konflikten, die immer dazugehören. Die Abschiebung von gut integrierten Menschen bleibt ein großes Problem. Dabei geht es nicht allein um die Betrof-



fenen, sondern auch um Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Für jedes soziale Umfeld ist es kaum vermittelbar, wenn Arbeitskolleginnen, Mitarbeiter, Schulkameraden, Freundinnen und Freunde abgeschoben werden. Eine faire Bleiberechtsperspektive bedeutet auch die Abschaffung von Kettenduldungen. Es müssen verstärkt Anstrengungen unternommen werden, dass Menschen schnell aus der Duldung zu einer Perspektive der Aufenthaltserlaubnis gelangen können.

Die Fachkräfteeinwanderung bleibt eines der wichtigsten Migrationsthemen. Wir appellieren an die Politik, Einwanderung nicht zu instrumentalisieren, um den Reformdruck beispielsweise in Pflegeberufen aufzuweichen. Zugleich darf die notwendige Anwerbung von Pflegekräften nicht zu Lasten der Versorgung im Herkunftsland gehen und keine Gräben in die familiären und sozialen Beziehungen reißen.

Eine maßgebliche Rolle für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens kommt den Kommunen zu. Begriffe wie »Solidarität« und »Zusammenhalt« gewinnen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden ein Gesicht und müssen sich hier konkret bewähren. Europaweit haben sich bereits zahlreiche Städte zu »Sicheren Häfen« erklärt und sind bereit, Geflüchtete aufzunehmen. Zunehmend wird aber in den Kommunen auch deutlich, dass Hass und Gewalt sich nicht nur gegen geflüchtete beziehungsweise zugewanderte Menschen richten. Immer häufiger und brutaler werden die Angriffe auf die Repräsentantinnen und Repräsentanten

der Demokratie. Solche verbalen und tätlichen Angriffe bedrohen nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern die freiheitliche Demokratie insgesamt. Neben einem Rechtsstaat, der schnell und konsequent reagiert, ist eine starke und mutige Zivilgesellschaft gefragt, die sich dem Hass entgegenstellt und Betroffene schützt – in Wort und Tat, vor Ort und auch im digitalen Raum.

»Wo Menschen bedroht oder angegriffen werden, weil sie sich für die Würde anderer Menschen einsetzen, kann es keine Kompromisse geben.«

Wo immer Positionen vertreten werden, die ausgrenzen, beleidigen, herabwürdigen und spalten, braucht es Courage, gegenzuhalten – in der Familie, im Beruf, in der Nachbarschaft, im Sport und auch in der eigenen Gemeinde. Wo Menschen bedroht oder angegriffen werden, weil sie sich für die Würde anderer Menschen einsetzen, kann es keine Kompromisse geben. Als Kirchen stehen wir solidarisch an der Seite derjenigen, die zur Zielscheibe von verbaler und tätlicher Gewalt werden.

Die Opfer von Hass und Gewalt weisen immer wieder darauf hin, wie wichtig es für sie ist, nicht allein gelassen zu werden. Dass es hilft, wenn jemand aufsteht und sich neben sie stellt, wenn sie in der

»Die Interkulturelle Woche ist ein Raum der Ermutigung.«

Öffentlichkeit angegangen werden. Dass es hilft, wenn jemand verbal dazwischengeht, wenn sie beleidigt werden. Die Spirale der Verachtung und Gewalt kann durchbrochen werden, wenn möglichst viele sich einmischen und Position ergreifen.

Die Interkulturelle Woche ist ein Raum der Ermutigung. In ihrem Rahmen gelingt es immer wieder zu zeigen, dass Vielfalt nicht gefährlich ist, sondern gefeiert werden kann. Die gesellschaftlichen Diskurse rund um Einwanderung, Rassismus und die offene Gesellschaft wandeln sich, bleiben aber seit vielen Jahren hochaktuell. Mit Beharrlichkeit und Kontinuität bringt sich die Interkulturelle Woche hier mit positiven und Mut machenden Akzenten ein.

Wir danken all jenen, die Jahr für Jahr im Rahmen der Interkulturellen Woche Partei ergreifen für die Schwachen der Gesellschaft, die einstehen für die Werte unserer Demokratie und die Freude ausstrahlen angesichts des Geschenks, gemeinsam in Frieden und Freiheit leben zu dürfen. Lassen Sie uns mit der Interkulturellen Woche in diesen schweren Tagen des Krieges ein Zeichen setzen, dass nicht Gewalt, Aggression und Brutalität das letzte Wort haben, sondern dass Freiheit, Menschenfreundlichkeit, und Liebe stärker sind. ❖



Foto: Bistum Limburg



Foto: EKD/lens Schulze

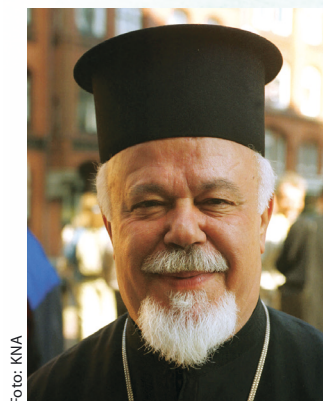


Foto: KNA

Bischof Dr. Georg Bätzing
Vorsitzender der Deutschen
Bischofskonferenz

Präses Annette Kurschus
Vorsitzende des Rates der Evangelischen
Kirche in Deutschland

Metropolit Dr. h.c. Augoustinos
von Deutschland
Vorsitzender der Orthodoxen
Bischofskonferenz in Deutschland